

Cannabis – Problemausmaß und gesellschaftlicher Umgang im internationalen Vergleich

Karl-Heinz Reuband
Sozialwissenschaftliches Institut
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Vortrag auf der Tagung „PräGend“ des Institut Suchtprävention, 2005

1. Einleitung

Wenn es um Fragen der Drogenpolitik und des Drogengebrauchs geht, dann findet man nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch unter Politikern, Praktikern und Wissenschaftlern oftmals recht unterschiedliche, geradezu widersprüchliche Vorstellungen. So ist es für einen Kreis von Autoren plausibel, dass jegliche Liberalisierung der Gesetzgebung zu einem Anstieg des Konsums führen muss und nur Repression diese Entwicklung einzudämmen vermag (z.B. Nahas 1977, Bleibtreu und Jäger 1986, Wilson 1990). Für andere Autoren führt Repression dagegen nicht zur Reduktion des Konsums, sondern fördert ihn sogar. Drogen wären wie verbotene Früchte, die Begehrlichkeit wecken. Erst durch eine Liberalisierung werde dieser Bann gebrochen.

Die Autoren, die die erste Position vertreten, befinden sich im Einklang mit der auch in der Rechtswissenschaft weit verbreiteten These von der Abschreckungswirkung des Strafrechts. Die Vertreter der zweiten These hingegen können auf keine systematische Theorie oder empirische Befunde Bezug nehmen, allenfalls auf Einzelbeobachtungen, denen zufolge Jugendliche sich oftmals durch Verbote geradezu angezogen fühlen und mit einer Verletzung dieser Gebote prahlen. Dass ein anderer Teil – womöglich der größere Teil – durch Strafandrohung abgeschreckt werden könnte, wird dabei nicht immer beachtet.

Die Vertreter beider Positionen glauben durch empirische Belege in ihren Urteil gestützt zu sein. So verweisen die Anhänger der ersten Position gewöhnlich auf Schweden als Beispiel für eine erfolgreiche Politik, die auf Repression aufbaut: Anfang der 70er Jahre verschärfte Schweden die Politik gegenüber Drogen und die Konsumverbreitung unter Jugendlichen ging daraufhin zurück (z.B. Sucht-Report 1989). Die Vertreter der anderen Positionen glauben nicht minder stark daran, dass sich ihr Urteil auf empirische Erfahrungen berufen kann. Für sie dient die Entwicklung in den Niederlanden als eindrucksvolles Beispiel: Die Niederlande liberalisierten ihren Umgang mit Cannabis zu Beginn der 70er Jahre, und die Konsumerfahrung unter den Jugendlichen ging daraufhin zurück (z.B. Trebach 1988, Hoekstra 1988, Ostrowski 1989, Nadelmann 1992).

Was in beiden Ländern aufgrund der zeitlichen Abfolge wie die Wirkung drogenpolitischer Maßnahmen erscheint, kann aber offenkundig nicht im kausalen Sinne begriffen werden. Die Tatsache, dass ähnliche Entwicklung aus gegensätzlichen Maßnahmen erwachsen, ist ein deutlicher Hinweis dafür, dass weitere Faktoren das Geschehen maßgeblich mitbestimmen. Ganz offensichtlich handelt es sich bei der vorliegenden Entwicklung um ein länderübergreifendes Phänomen – ein Eindruck,

der dadurch weiter verstärkt wird, dass sich in diesen Jahren analoge Tendenzen ebenfalls in Ländern ohne nennenswerte Änderungen in der Drogenpolitik ereigneten (vgl. Reuband 1994:78). Sich wandelnde Normen und Realitätsdefinitionen innerhalb der Jugendkultur, die bereits im Verlauf der 60er und 70er Jahre zunehmend internationaler wurde, sind vermutlich ein gewichtiger, wenn nicht gar der wichtigste Einflussfaktor für das beschriebene Phänomen.¹

Die Erfahrung, dass unterschiedliche Länder unterschiedliche drogenpolitische Strategien ergriffen haben und sie sich in der Entwicklung des Drogengebrauchs dennoch ähneln, macht deutlich, wie wichtig der Blick über die Grenzen eines einzigen Landes sind. Damit ist keineswegs der Verzicht auf eine Analyse lokaler oder nationaler Maßnahmen das Wort geredet. Entscheidender ist, dass versucht wird, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ländern im Kontext einer variierenden Drogenpolitik zu untersuchen. Diese vergleichende Perspektive ermöglicht es, einen besseren Einblick in die Dynamik und Komplexität des Zusammenhangs zu gewinnen. An einer solchen vergleichenden Perspektive hat es in der Vergangenheit allzu oft gefehlt. So wurden sowohl die schwedische als auch die niederländische Drogenpolitik nahezu immer isoliert gesehen und interpretiert.

Versucht man die westeuropäischen Länder aus der Perspektive der betriebenen Drogenpolitik, besonders gegenüber Cannabis, nach dem Grad der Repressivität bzw. Liberalität auf einem Kontinuum anzuordnen, finden sich auf der liberalen Seite die Länder Niederlande, Dänemark und Spanien, und – zeitweise – Italien.² In den Niederlanden werden der Konsum und Besitz von Cannabis seit langem de facto toleriert und nicht verfolgt, in Spanien ist er per Gesetz legal, solange er nicht in der Öffentlichkeit stattfindet. Und in Dänemark wird er solange toleriert, wie es sich nicht um größere Mengen handelt. Auf der liberalen Seiten ist auch die Schweiz angesiedelt, wo in entsprechenden Shops“ Duftkissen“ mit Marihuanainhalt verkauft werden.

Am anderen Ende des Kontinuums von Liberalität vs. Repressivität finden sich die skandinavischen Länder. Besonders in Schweden und Norwegen werden den Konsumenten nicht nur harte Strafen angedroht, auch die Praxis der Strafverfolgung richtet sich gegen sie. Die übrigen westeuropäischen Länder nehmen eine Mittelstellung ein, wobei sich über die Zeit durchaus gewisse Unterschiede in der Praxis ergeben haben. So haben Belgien und Großbritannien z.B. ihre Cannabispolitik jüngst liberalisiert und die Strafen für weiche Drogen entschärft.

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im folgenden soll eine sozialwissenschaftliche Analyse des Zusammenhangs von Drogenpolitik (primär gegenüber Cannabis) und Drogenverbreitung versucht werden – und zwar für jene westeuropäische Länder, für die entsprechende Daten zur Verbreitung des Cannabisgebrauchs *auf der Basis von Umfragen* in der Bevölkerung vorliegen. Anders Datenquelle eignen sich nicht dafür, auch nicht Behandlungsdaten, denn sie spiegeln nur einen Teil der Konsumentenpopulation wieder, und sie stehen im Ländervergleich auch nicht in vergleichbarer Weise zur Verfügung.

Die Drogenprävalenz auf der Basis von Umfragen zu bestimmen, ist nicht ganz einfach. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Umfragen zur Drogenprävalenz, auch in der Gesamtbevölkerung. Doch sie sind nicht als vergleichende Studien angelegt, weder über die Zeit in einem Land noch im internationalen Vergleich. Die Folge ist: unterschiedliche Stichprobenziehung und Altersgrenzen, unterschiedliche Erhebungsverfahren, unterschiedliche Frageformulierungen. Dies erschwert den stringenten Vergleich. Wo man Vergleiche anstellen will, muss man versuchen, möglichst Vergleichbares miteinander in Beziehung und gleichzeitig methodischer Probleme zu berücksichtigen.

Erste Ansätze einer Bestandsaufnahme dieser Art haben wir bereits Anfang der 90er Jahre unternommen (1992a, 1995), später erneut unter Einbeziehung neuer Daten in einer Expertise für das Schweizerische Bundesamt für Gesundheit (Reuband 2001). Dort auch haben wir die spezifischen methodischen Probleme diskutiert, auf die an dieser Stelle nur am Rande eingegangen werden kann. Zugleich wurde der Fokus ausgeweitet: nicht nur die Drogenverbreitung, sondern auch Fragen der Drogenwahrnehmung, ihrer Bewertung und Verfügbarkeit wurden zum Thema. Die hier nun folgende Darstellung greift auf wesentliche Teile dieser Expertise zurück, aktualisiert sie jedoch – wo dies möglich ist – mittels neuer Daten.³ Die Aktualisierung der Daten zur Cannabisverbreitung stützt sich auf neuste Zusammenstellungen des Europäischen Beobachtungszentrums für Drogenfragen, die Aktualisierung der Angaben zum gesellschaftlichen Klima gründet sich auf eine Sekundäranalyse der jüngst zugänglich gewordenen Europäischen Wertestudie aus dem Jahr 1999-2000.

Vier Fragen sollen uns im folgenden interessieren: (1) Wie unterscheiden sich die Länder Westeuropas in der Verbreitung von Cannabiskonsum? Wie sehr gibt es Zusammenhänge mit der Politik gegenüber Cannabis? (2) Wie sehr unterscheiden sich die Länder auf der Bevölkerungsebene in der Einstellung zu Cannabis? Begünstigt – wie manche Autoren meinen – eine liberale Politik liberale

Einstellungen (3) Welchen Stellenwert hat die Drogenverfügbarkeit für die Konsumverbreitung? Wir diskutieren diese Frage vor allem unter Rekurs auf einen inner-niederländischen Vergleich, bei dem objektive Verfügbarkeit – und nicht bloß subjektive – mit der Konsumverbreitung in Beziehung gesetzt werden kann (4) Welche Zusammenhänge ergeben sich zwischen der Cannabisverbreitung und Verbreitung harter Drogen? Verhindert, wie manche Autoren meinen, die Einrichtung von Coffeeshops mit Zugang zu Cannabis dem Umstieg auf harte Drogen? Wird der Markt für weiche und harte Drogen dadurch getrennt?

3. Begünstigt eine liberale Drogenpolitik den Cannabisgebrauch ?

Bei der Analyse der Drogenverbreitung, gemessen über entsprechende Fragen zum Drogen-/ Cannabisgebrauch ziehen wir an dieser Stelle Umfragedaten heran, die Aussagen über die Gesamtbevölkerung erlauben. Spezialstudien unter Jugendlichen lassen wir an dieser Stelle aus, sie unterliegen aufgrund unterschiedlicher Alterskategorisierung besonderen Problemen der Vergleichbarkeit.

Je nach Land variiert die Zahl der Umfragen, die jemals auf der Ebene der Gesamtbevölkerung durchgeführt wurden und auf die man zurückgreifen kann, erheblich. In einigen Ländern gibt es eine Vielzahl von Erhebungen, in anderen nur wenige, und in manchen gar keine. Besonders defizitär ist die Situation in Österreich. Wir verfügen allerdings glücklicherweise zumindest für Oberösterreich über entsprechende Daten und verwenden diese zur Schätzung der Konsumverbreitung in Österreich.

In Tabelle 1 haben wir die Zahlen zur Lebenszeitprävalenz des Cannabisgebrauchs aus den neueren, verfügbaren Bevölkerungsumfragen zusammengestellt. Sie dokumentieren erhebliche Variationen zwischen den Ländern – Variationen, die auch bei Berücksichtigung methodischer Eigenarten der Erhebungen nicht als methodische Artefakte interpretiert werden können. (Ober-) Österreich nimmt in dieser Übersicht eine Position im Mittelfeld des europäischen Länderspektrums ein. Der Wert von 24 % liegt etwas höher als in Deutschland und etwas niedriger als in der Schweiz.

Im Vergleich zu früheren Zahlen (Reuband 2004, für Ober-Österreich: Seyer et al. 2005) läßt sich zeigen, daß die Zahl der Menschen, die jemals eine illegale Droge, meist Cannabis, ausprobiert haben, gestiegen. Und dies ist auch nicht verwunderlich: denn der Zuwachs an Konsumerfahrenen hält an, auch wenn er von einem Jahr zum anderen und von Land zu Land variiert. Der Kreis der aktuel-

len Konsumenten, die über das Probierstadium hinausgegangen sind und derzeit noch konsumieren, ist naturgemäß niedriger anzusetzen als es die aufgeführten Zahlen zur Lebenszeitprävalenz aussagen.

Daß längerfristig – absolut gesehen – auch die Zahl der Personen mit problematischem Konsum ansteigt und die Zahl der Behandlungsfälle in ambulanten und stationären Einrichtungen wächst, - wie dies in mehreren Ländern der Fall ist (vgl. Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht 2005) - ist angesichts des beschriebenen Anstiegs in der absoluten Zahl der Konsumierenden wenig verwunderlich. Womöglich aber erscheint der Zuwachs in der Behandlungsfällen dabei dramatischer als er ist. So ist nicht auszuschließen, daß die steigende Zahl der Behandlungsfälle auch eine Folge eines erweiterten Angebots der Drogenhilfseinrichtungen ist. Vermutlich wirken beide Faktoren zusammen.

Setzt man in einem nächsten Schritt nun die Cannabis-Lebenszeit-Prävalenzwerte mit der jeweiligen länderspezifischen Drogenpolitik in Beziehung, so zeigt sich, dass ein eindeutiger Zusammenhang mit dem Grad der Repressivität der Cannabispolitik nicht erkennbar ist. Die Niederlande – als das Land mit der liberalsten Drogenpolitik in Europa – unterscheiden sich nicht nennenswert von Ländern mit einer repressiven oder gemischt repressiv-liberalen Drogenpolitik. So weisen sowohl die Niederlande als auch Deutschland in neueren Umfragen Werte für Cannabiserfahrung nahezu identische Werte von rund einem Fünftel aus.

Aus dem Befund großer Ähnlichkeit folgt, dass eine liberale Drogenpolitik nicht notwendigerweise zu einer erhöhten Drogenverbreitung führt. Andererseits kann man aber auch nicht folgern, dass eine liberale Drogenpolitik zwangsläufig mit gleichen oder geringeren Prävalenzwerten einhergehen muss als eine repressivere Politik. Denn Dänemark, das ebenfalls eine liberale Drogenpolitik betreibt, weist im Vergleich zu den übrigen europäischen Ländern sehr wohl überproportional hohe Werte auf. Bereits in den frühen 90er Jahren hat es unter den westeuropäischen Nationen eine Spitzenstellung erklommen und ein Niveau erreicht, das sich nur geringfügig von dem entsprechenden Niveau in den USA unterscheidet. Relativ hohe Werte im Vergleich zu den anderen Ländern weist ebenfalls die Schweiz auf. Mit einem Anteil von 27 % in einer neueren Telefonumfrage dürfte die Schweiz – wenn man die Effekte des Befragungsverfahrens in Betracht zieht – vermutlich sogar die derzeitigen dänischen Werte überschreiten.⁴

Überproportional hohe Werte für Cannabiserfahrung sind keine Besonderheit von Ländern mit liberaler Drogenpolitik. Überproportional hohe Werte finden sich inzwischen auch in Frankreich und in Großbritannien – zwei Länder, die sich beide eher durch eine eher repressive Drogenpolitik auszeichnen. In Frankreich dokumentiert eine neue telefonisch erhobene Umfrage einen Anteil von 26%, in England und Wales im Rahmen einer face-to-face Umfrage einen Wert von 31%. Und wenn man diesen Wert mit denen aus früheren Zeiten vergleicht, wird deutlich, dass Großbritannien zu den Ländern gehört, in denen der Drogenkonsum in den letzten Jahren einen explosionsartigen Zuwachs erfahren hat.

Die skandinavischen Länder, die geradezu als Prototyp einer repressiven Drogenpolitik gelten – besonders Schweden und Norwegen – zeichnen sich durch die niedrigsten Drogenprävalenzen in den neusten Umfragen aus: mit Werten um 11-13%. Auf den ersten Blick mag man angesichts der skandinavischen Zahlen daher meinen, dass offenbar doch ein Zusammenhang zwischen Drogenpolitik und Drogenverbreitung gibt – nicht in Normalfall, aber zumindest dann, wenn der Grad der Repression besonders ausgeprägt ist. Diese Deutung indes wäre vorschnell. Denn es gibt noch andere Faktoren, die es zu beachten gilt. So liegen die skandinavischen Länder mit niedrigen Prävalenzwerten an der europäischen Peripherie, sind damit – was Drogenzufuhr – angeht, kein Land, das sich auch als Transitland anbietet und durch den deshalb Drogenströme fließen. Damit könnten Probleme des Drogenzugangs ein – wenn auch nicht ausschließlich – Faktor sein. Ein weiterer könnte im normativen gesellschaftlichen Klima liegen, das den Drogengebrauch als Ganzes begrenzt.

Zusammengefasst zeigen die bisherigen Analysen, dass Drogenpolitik und Lebenszeit- Drogenprävalenz im Fall von Cannabis auf der Länderebene voneinander unabhängig sind. Liberale Drogenpolitik kann sowohl mit einer niedrigen als auch einer hohen Prävalenz einhergehen – wie der Vergleich der Niederlande mit Dänemark belegt. Und repressive Drogenpolitik gegenüber Cannabis kann sowohl mit einer hohen als auch niedrigen Drogenprävalenz einhergehen – wie der Vergleich Großbritanniens mit Frankreich, Norwegen, Schweden und Finnland dokumentiert.

4. Liberales Werteklima in Gesellschaften mit liberaler Drogenpolitik?

Welchen Stellenwert hat nun das gesellschaftliche Klima in den hier in die Betrachtung einbezogenen Ländern? Und wie sehr gibt es einen Zusammenhang zur Drogenpolitik? Das gesellschaftliche

Klima, festgemacht an den Einstellungen der Bürger, wird nach Ansicht von verschiedenen Autoren – vor allem aus der Rechtswissenschaft - maßgeblich durch die jeweiligen Gesetzgebung mitgeprägt. Die Gesetze, so heisst es, hätten eine „normenvalidierende“ Funktion. Wäre etwas nicht verboten oder würde nicht bestraft, würde dies entsprechend mildere Einstellungen diesem Verhalten gegenüber auf Seiten der Bürger begünstigen (vgl. z.B. Andenaes 1971; Gibbs 1975). Aus dieser Sicht müssten sich Länder mit liberalen Gesetzgebung und Praxis im Fall des Cannabiskonsum durch überproportional hohe Toleranzwert für Cannabisgebrauch auszeichnen. Repressive Gesetzgebung und Praxis müsste hingegen die moralische Verurteilung des Cannabisgebrauchs bestärken.

Eine enge Korrelation zwischen Einstellung und Konsum unterstellt müsste dieser Hypothese gemäß eine liberale Cannabispolitik längerfristig auch die Ausbreitung des Drogengebrauchs fördern und eine repressive Politik dies verhindern. Ist der bisher festgestellte fehlende Zusammenhang zwischen Drogenpolitik und Drogenverbreitung womöglich lediglich der Tatsache zuzuschreiben, dass sich die Einstellungen, die durch die jeweilige nationale Drogenpolitik begünstigt wurden, noch nicht in ein entsprechendes Verhalten umgesetzt haben? Wäre ein solches „Rekrutierungs-Potential auf der Einstellungsebene gegeben, müsste es zumindest einen Zusammenhang zwischen Drogenpolitik und Einstellung der Bevölkerung zu Cannabis geben.

Um diese Frage zu klären, ziehen wir an dieser Stelle Befunde der Internationalen Wertestudie heran („World Value Study“). Sie wurde seit Anfang der 80er Jahre in mehreren Ländern auf der Basis eines identischen Fragekatalogs durchgeführt. Zu dem Themenspektrum zählt u.a. auch die Bewertung unterschiedlicher Verhaltensweisen – einschl. Cannabisgebrauch. Dabei ist auf einer Skala von 1-10 anzugeben, ob man das spezifizierte Verhalten unter keinen Umständen tun darf (der Wert 1) oder ob dies in Ordnung sei (der Wert 10). Auch wenn man sich bessere Frageformulierungen zur Erfassung der moralischen Bewertung vorstellen könnte, erscheint die Frage doch alles in allem für unsere Zwecke brauchbar.

Legt man die Extremkategorie 1 – „darf man unter keinen Umständen tun“ – als Maßstab zugrunde, so wird als deutlich, dass sich heutzutage in fast allen Ländern eine mehrheitliche Ablehnung des Konsums in der Bevölkerung findet. Es gibt allerdings Unterschiede in der Akzentuierung (Tabelle 2). So neigen am seltensten heutzutage die Niederländer zur emphatischen Verurteilung des Cannabiskonsums (Wert 1=„niemals“ auf einer 10er Skala) (47%), gefolgt von den Bewohnern Großbritanniens (51%) und Dänemarks (62%). Die Spanier und die Italiener, bei denen lange Zeit eine eher liberale Politik betrieben wurde, weisen einen Wert von 66 bzw. 71% auf und unterscheiden sich

damit kaum von Ländern mit repressiverer Drogenpolitik, wie z.B. Frankreich (71%) oder Deutschland (66%). Die Schweden, die gewöhnlich als Vertreter einer besonders repressiven Drogenpolitik gelten, nehmen mit einem Anteil von 71% einen durchschnittlichen Wert ein.

Wählt man nicht die Extremkategorie auf der 10er Skala („niemals gerechtfertigt“), sondern bezieht die angrenzenden Kategorien der Ablehnung mit ein (also die Kategorie 1 bzw. 2 oder 1, 2 und 3), so nimmt der Anteil der Personen mit ablehnender Haltung naturgemäß zu. In den Niederlanden z.B. steigt der ablehnende Wert von 47% (Kategorie 1) auf 66% (Kategorie 1-2). Was bedeutet: Die Unterschiede zwischen den Ländern finden sich – wie auch die Einbeziehung der früheren Umfragedaten belegt – weniger in der Zahl der Gegner des Cannabisgebrauchs als in der Akzentuierung der Ablehnung. In Ländern wie den Niederlanden ist die emphatische Ablehnung schwächer als in Schweden oder Norwegen. Sie gründet sich stärker auf eine differenzierende Beurteilung. In Schweden und Norwegen ist die Ablehnung viele Jahre fundamentalistischer, moralisch rigider gewesen.

Vergleicht man die Haltung zum Cannabisgebrauch im Zeitverlauf, so wird deutlich, dass der Trend nicht in allen Ländern identisch ist. In einigen Ländern gibt es zwischenzeitliche Schwankungen in der Bewertung sowohl nach unten als auch nach oben, ohne einen eindeutigen Trend zu bilden. Von besonderem Interesse sind in unserem Zusammenhang vor allem die Länder mit besonders liberalen und mit besonders repressiver Orientierung. In den Niederlanden – das auf dem Kontinent das Land mit der liberalsten Cannabispolitik darstellt – lässt sich über die Zeit eine kontinuierlich abnehmende Tendenz feststellen, den Cannabisgebrauch in emphatischer Weise abzulehnen. 1981-83 waren es noch 72 %, welche die Kategorie 1 auf der 10er Skala wählten, rund 10 Jahre später 67% und weitere rund 10 Jahre später 47%.

In Spanien hingegen lässt sich kein vergleichbarer Trend ermitteln, die neusten Zahlen gleichen den vor 20 Jahren. In Italien liegen die neusten Werte zwar etwas niedriger als vor 20 Jahren, alles in allem aber handelt es sich um keine größeren Veränderungen. Gleiches lässt sich für Dänemark konstatieren. Damit zeichnen sich lediglich die Niederlande durch einen kontinuierlichen und zugleich nennenswerten Rückgang in der starken Ablehnung aus.

Für die Länder, die als Prototyp repressiver Drogenpolitik gelten – Schweden und Norwegen – lassen sich zu Beginn der 80er Jahre die höchsten Werte der Ablehnung ermitteln: sie liegen bei 91%. Für beide Länder gelten diese Werte auch noch in den Jahren 1993-4, während in den Folgejahren

dann zumindest für Schweden ein sinkender Anteil (auf 71 %) beobachtet werden kann (für Norwegen lassen sich kein Vergleichsdaten ermitteln, da das Land an der neusten Welle der Wertestudie nicht teilnahm).

Was bedeuten die Befunde nun zusammengenommen? Sie bedeuten, dass im Ländervergleich keine systematische Beziehung zwischen Liberalität des Umgangs mit Cannabis auf der einen Seite und Billigung des Cannabiskonsums auf der anderen Seite besteht. Länder mit liberaler Cannabispolitik können durchaus den Ländern mit repressiver Cannabispolitik gleichen. Wenn es einen Zusammenhang zwischen Einstellungen und Drogenpolitik zu geben scheint, dann ist dies allenfalls der Fall, wenn man die skandinavischen Länder mit den übrigen Ländern in Beziehung setzt: Schweden, Norwegen und Finnland zeichnen sich allesamt durch eine repressive Drogenpolitik, einen überdurchschnittlich niedrigen Drogenkonsum und lange Zeit auch durch eine besonders starke Ablehnung des Konsums bei gleichzeitig (wie weitere Daten belegen) hoher Risikowahrnehmung aus.⁵

Doch diese Parallelität ist noch kein Nachweis von Kausalität. Vermutlich spiegelt sich darin ein spezifisches kulturelle Muster wider, das psychoaktiven Substanzen eine besondere Gefahr zuschreibt und das sich u.a. auch in einem vergleichsweise niedrigen Drogengebrauch niederschlägt. Der hohe Anteil von Alkoholabstinenten in diesen Ländern (Reuband 1980) ist womöglich Ausdruck der gleichen Haltung. Und diese hat durchaus ihre historischen Traditionen: Es sind die gleichen Länder, in denen zu Beginn dieses Jahrhunderts die Prohibitionsbewegung stark war und zeitweise auch Prohibition praktiziert wurde.

Der von uns angestellte Vergleich hat weiterhin gezeigt, dass eine liberale Drogenpolitik nicht notwendigerweise liberale Einstellungen begünstigt. Lediglich die Niederlande könnten ein Beispiel dafür sein.⁶ Freilich steigt der Anteil der Cannabis-Gegner in dem Maße an, wie man auf der Skala die angrenzenden Kategorien milderer Ablehnung miteinbezieht, so dass es scheint, als wären die Unterschiede zwischen den Ländern eher die der Emphase als der prinzipiellen Orientierung.

5. Drogenverfügbarkeit und Drogenangebot: soziokulturelle Zusammenhänge und Auswirkungen auf die Drogenprävalenz

Wo keine Drogen verfügbar sind, können zwangsläufig keine genommen werden. Aber bedeutet dies umgekehrt auch, dass bei einer hohen Verfügbarkeit von Drogen, Drogenkonsum weit verbreit-

tet ist? Viele Autoren, die sich zum Drogenthema äußern, halten dies für wahrscheinlich oder gar selbstverständlich. Und in der Tat: wenn man sich die Befunde zum Alkoholgebrauch vergegenwärtigt, gibt es viele Indizien in diese Richtung: hohe Verfügbarkeit und niedrige Preise begünstigen danach Alkoholgebrauch (Edwards et al. 1997). Ob Gleiches für illegale Drogen gilt, ist bislang unzureichend untersucht worden. Dies ist um so bedauerlicher als sich die westeuropäischen Länder nicht nur in der Politik gegenüber Cannabisbesitz, sondern auch gegenüber dem Drogenhandel unterscheiden: in den Niederlanden ist Handel mit Cannabis toleriert und der Zugang über Coffeeshops institutionalisiert. Und in Dänemark findet sich in Christiania, einem Stadtteil von Kopenhagen, ein Ort, wo Cannabis lange Zeit offen angeboten wurde.

Im Rahmen der hier herangezogenen Studien stehen uns aus den Umfragen für die Zeit Mitte der 90er Jahre zweierlei Indikatoren für Erfassung der Drogenreichbarkeit zur Verfügung: zum einen die Frage, wie leicht es sei, an Cannabis zu gelangen. Und zum anderen die Frage nach dem Angebot von unterschiedlichen Drogen. Beide Fragen haben ihre methodischen Beschränktheiten, so wird bei der Frage nach der Verfügbarkeit eine relativ grobe Operationalisierung gewählt, und im Fall des Angebots bleibt offen, wo es dazu kam und durch wen. In einer Gesellschaft, in der Drogenverbreitung weit verbreitet ist, ergibt sich oftmals über Freunde oder Bekannte und ebenso aufgrund der eigenen Drogen Erfahrungen eine leichte Zugänglichkeit. Gleichwohl: trotz der bestehenden methodischen Probleme kann man ansatzweise die Indikatoren verwenden.⁷

Wenn liberale Drogenpolitik mit hoher Verfügbarkeit von Drogen parallel, müssten sich die Niederlande ebenso wie Dänemark und Spanien durch eine überdurchschnittlich hohe Verfügbarkeit auszeichnen. Die Niederlande mit der de facto Legalisierung über Coffeeshops müsste den höchsten Wert aufweisen, Dänemark, mit einer de facto Verfügbarkeit in Kopenhagens Stadtteil Christiania, einen mittleren (zumindest was die Bewohner der Hauptstadt, die einen nennenswerten Anteil der Bevölkerung darstellen, angeht). Die Antworten auf die Frage nach der leichten Verfügbarkeit (Tabelle 3), erbringen in der Tat für die Niederlande die höchsten Werte auf Bevölkerungsebene (43% für „sehr leicht“), gefolgt von Dänemark (41%), und dann – auf nahezu gleichem Niveau – aber Großbritannien und Irland (zwischen 36 und 38%).⁸

Die Werte für Großbritannien und Irland sind bemerkenswert. Denn es handelt sich bei ihnen um zwei Länder mit tendenziell repressiver Drogenpolitik und keinem vergleichbaren Zugang zu Cannabis wie in den Niederlanden oder Dänemark. Erstaunlich hoch ist die entsprechende Zahl für Schweden – ob dies Folge eines Missverständnisses ist bei der Beantwortung der Frage oder sich

auf einen irrtümlichen Glauben stützt, Drogen wären leicht verfügbar (womöglich aufgrund einer dramatischen Berichterstattung in den Medien), sei dahingestellt.

Nimmt man anstelle der Frage nach der Verfügbarkeit das konkrete Angebot von Drogen als Maßstab, erweist sich die Wahrscheinlichkeit, eines Angebots von Cannabis – in Form von Haschisch oder Marihuana – in Dänemark als am höchsten (43%). Es folgen die Niederlande (33%) und Spanien, (32%) sowie Großbritannien (28%). Italien nimmt mit 14% einen unterdurchschnittlichen Wert ein – niedriger noch als Finnland. Und Irland, das in der Frage der subjektiven Verfügbarkeit nahe bei Dänemark und Großbritannien lag, ist nun auf einen im Vergleich zu beiden niedrigen Rang abgesunken. Das Bild ist damit nur partiell konsistent mit dem vorherigen, aber nicht völlig unabhängig.

Das partielle Auseinanderfallen der Rangreihen von subjektiver Verfügbarkeit und Drogenangebot, das sich in diesen Zahlen abbildet, kann zweierlei bedeuten: dass der eine oder andere Indikator den Sachverhalt ungenau misst und „leichte Verfügbarkeit“ von Land zu Land etwas Unterschiedliches bedeutet.⁹ Möglich ist aber auch, dass sich dahinter reale Unterschiede verbergen: die Frage nach der Verfügbarkeit zielt auf die Gegenwart und auf mehr oder minder stabile, aktuelle Verhältnisse der Beschaffung, die Frage des Angebots zielt auf Vergangenheit und Gegenwart. Es genügt für eine zustimmende Antwort, wenn in der Vergangenheit – an jeweils unterschiedlichen Orten – Drogendealer Drogen angeboten oder Freunde und Bekannten gelegentlich ein Angebot unterbreitet oder sich bei Partys Gelegenheiten dazu ergeben haben.¹⁰

Subjektive Drogenverfügbarkeit muss nicht notwendigerweise mit der objektiven Verfügbarkeit identisch sein. In manchen Fällen mag jemand glauben, die Verfügbarkeit wäre groß, während sie relativ gering ist und vice versa. Wenn es ein Land gibt, wo auf den ersten Blick die objektive Verfügbarkeit groß ist, sind es die Niederlande. Nicht nur, dass hier frühzeitig eine Liberalisierung in der Drogenpolitik stattfand und der Konsum de facto legalisiert wurde. Auch der Zugang zu Drogen ist ohne größere Probleme möglich: über Coffeeshops. Bei den Coffeeshops handelt es sich um eine Einrichtung, bei der Cannabis frei verkauft werden darf, solange keine Werbung dafür gemacht wird, keine harten Drogen verkauft werden und die Käufer keine Jugendlichen sind. Bei Verstößen können die Coffeeshops geschlossen werden.

In keiner der bisherigen Studien – sowohl innerhalb Europas als auch den USA – hat man bislang kontextuelle, objektive Daten zur Verfügbarkeit von Drogen auf der regionalen Ebene mit den regi-

onalen Drogenprävalenzen in Beziehung gesetzt. Nicht einmal für die Niederlande ist dies geschehen, obwohl dort mehr als in anderen Ländern Daten zur Verfügbarkeit – mittels der Coffeeshops – vorhanden sind. In einem unlängst publizierten Vergleich der Drogenprävalenzen in Amsterdam, Utrecht und Tilburg wird die Zahl der Coffeeshops nur am Rande erwähnt und die Analyse der Unterschiede zwischen den Städten damit nicht in Beziehung gesetzt. Statt dessen werden Lebensstilvariablen als mögliche Erklärungsfaktoren für Unterschiede in der Drogenprävalenz diskutiert (Langemejer 1998).

Man kann für die Niederlande auf der Ebene ausgewählter Städte freilich nachholen, was in der Forschung versäumt wurde – und zwar für jene Städte, für die sowohl Daten aus repräsentativen Umfragen der Bevölkerung als auch Daten zur Verbreitung von Coffeeshops vorliegen. Tut man dies, so ergibt sich das folgende Bild (dazu ausführlicher Reuband 2001): Die Lebenszeit-Cannabiserfahrung liegt in Amsterdam am höchsten. 37% der Befragten über 12 Jahren haben dort jemals Cannabis genommen. An zweiter Stelle folgen Utrecht mit 27%, Rotterdam und Den Haag mit 19 bzw. 20% und schließlich Tillburg mit 14%. Setzt man die Zahlen zur Konsumverbreitung mit der Zahl lokaler Coffeeshops in Beziehung, ergibt sich kein systematischer Zusammenhang. Zwar nimmt Amsterdam sowohl in der Zahl der Coffeeshops als auch der Konsumverbreitung den höchsten Wert ein, doch lässt sich im Fall der übrigen Städten keine Beziehung zwischen beiden Messgrößen erkennen. So liegt die Zahl der Coffeeshops in Utrecht weitaus niedriger als in Rotterdam, die Konsumverbreitung ist aber um mindestens 50% höher. Weiterhin zeigt sich, dass Den Haag nahezu gleiche Prävalenzwerte aufweist wie Rotterdam, obwohl absolut wie auch relativ bis einschließlich 1997 die Zahl der Coffeeshops in Rotterdam höher lag.

Der fehlende Zusammenhang zwischen Angebot an Coffeeshops und Drogenprävalenzen auf der lokalen Ebene – sowie vermutlich auch auf der Ebene über die Zeit – ist bemerkenswert. Er könnte bedeuten, dass das Angebot an Drogen für die Verbreitung des Konsums weniger bedeutsam ist als die Nachfrage. Freilich gibt es einige zusätzliche Randbedingungen, bei denen wir über keine oder nur begrenzte Informationen verfügen: wir wissen nichts über das Angebot sonstiger Kaufmöglichkeiten vor Ort und auch nichts über die Preisgestaltung des lokalen Drogenmarktes. Zu fragen wäre, welche Angebote in Coffeeshops existieren und welche außerhalb, und welche Zusammenhänge zwischen diesen beiden – z.T. einander überschneidenden Drogenmärkten – bestehen.

6. Interventionen in den Drogenmarkt: reduziert eine liberale Drogenpolitik den Zusammenhang von Konsum harten und weichen Drogenkonsum?

Cannabis galt lange Zeit als die klassische „Einstiegsdroge“ in den Gebrauch harter Drogen. Diese These ist in der Form, bei der von einer Zwangsläufigkeit die Rede war, nicht aufrecht zu halten. Und sie wird auch kaum noch in der wissenschaftlichen Literatur vertreten. Denn in der Tat greift nur ein kleiner Teil der Cannabiskonsumenten jemals zu harten Drogen wie Heroin oder injiziert sich eine Droge. Die Mehrheit der Konsumenten hört bald nach dem Erstkonsum wieder auf und kommt niemals mit harten Drogen in Berührung (Reuband 1991).

Wenn heutzutage in der Literatur von Cannabis als „Einstiegsdroge“ die Rede ist, wird gewöhnlich eine gegenüber früher modifizierte These vertreten. Danach wird der Cannabisgebrauch als eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für den Konsum harter Drogen begriffen. Der Cannabisgebrauch erhöhe lediglich die Wahrscheinlichkeit des Gebrauchs harter Drogen (z.B. CAS 1999). Über die Höhe der Wahrscheinlichkeit selbst wird – anders als früher – nichts ausgesagt. Doch auch diese Variante der Einstiegsthese ist problematisch: Es kann zum harten Drogengebrauch auch auf dem Umweg über andere Drogen – etwa über Weckmittelkonsum – kommen. So waren Weckmittel die Droge der Wahl bevor sich in der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre die „Haschischwelle“ entwickelte. Erst die späteren Drogengenerationen griffen zu Haschisch als erster illegale Droge (Reuband 1990). Welches Mittel als erstes genommen wird, ist offenbar zeit-, regional- und subgruppenspezifisch verschieden.

Dennoch kann theoretisch zumindest prinzipiell nicht ausgeschlossen werden, dass der Cannabisgebrauch die Wahrscheinlichkeit eines Umstiegs auf härtere Drogen – auch wenn diese selbst gering ist – fördert. Denise Kandel hat diese These in einer Reihe von Arbeiten vertreten und empirisch zu belegen versucht: danach begünstigt Tabakkonsum und Alkoholkonsum überproportional den Übergang zu Haschisch, und Haschischkonsum wiederum begünstigt tendenziell den Übergang zu harten Drogen (Kandel und Faust 1975, Kandel 1993). Es handelt sich hier zwar nicht um Mehrheiten, die den Wechsel zu härteren Drogen vollziehen, doch das Risiko des Umstiegs ist zweifellos erhöht. Unklar bleibt allerdings der kausale Mechanismus, der einwirkt: ist es die Bereitschaft des einzelnen Individuums zur Abweichung? Wird die Hemmschwelle gesenkt, sobald erst einmal mit dem Konsum weicher Drogen begonnen wurde? Und falls dies zuträfe, warum ist dies der Fall – inwieweit ist es auch eine Funktion der Etikettierung des weichen Drogengebrauchs durch die Ge-

sellschaft als „Einstiegsdroge“, die den Weg in die Abhängigkeit begünstigt? Und: welchen Stellenwert hat die Illegalität im Kontext des Drogenerwerbs (dazu siehe auch Reuband 1990:8)?

Anhänger der niederländischen Drogenpolitik haben den Zusammenhang zwischen Haschischgebrauch und Gebrauch harter Drogen im wesentlichen als eine Folge der Kriminalisierung interpretiert: Aufgrund der Kriminalisierung trafen die Konsumenten weicher Drogen auf Händler, die sowohl weiche als auch harte Drogen verkaufen. Durch die Nichtkriminalisierung des Cannabisgebrauchs und die Tolerierung des Cannabisverkaufs in Coffeeshops werde eine Trennung der Märkte bedingt: weil Coffeeshops darauf verpflichtet seien, lediglich Cannabis, und nicht harte Drogen zu verkaufen. Wenn diese These richtig wäre (dazu kritisch Reuband 1992), müssten in den Niederlanden die „Umsteigewahrscheinlichkeit“ auf harte Drogen geringer sein als in den anderen Ländern.

Um Aussagen dazu treffen zu können, bedürfen wir einer Bezugnahme auf die Zahl der Konsumenten harter Drogen bzw. der Abhängigen. Letzere werden gewöhnlich entweder am Heroingebrauch oder am injektiven Gebrauch festgemacht. Umfragen in der Bevölkerung oder unter Jugendlichen, die ebenfalls zu diesen Zwecken vielfach herangezogen werden, eignen sich für diese Zwecke nur bedingt: denn Konsumenten harter Drogen bzw. Abhängige sind in Umfragen unterrepräsentiert. Aus diesem Grund ist es ratsam, auf andere Daten als Bevölkerungsumfragen zurückzugreifen. Wir tun dies an dieser Stelle unter Rückgriff auf Schätzungen, die auf der Grundlage unterschiedlicher Quellen für die einzelnen Länder entstanden sind. Für die Analyse setzen wir die geschätzte Zahl der Abhängigen pro 100.000 der Bevölkerung mit der Cannabis-Lebenszeitprävalenz in Beziehung. Dabei verwenden wir die Umfragedaten aus der zweiten Hälfte der 90er Jahre – ungeachtet der jeweils gewählten Vorgehensweise (sei es auf der Ebene der Stichprobenziehung oder des Erhebungsverfahrens) – und mitteln die Werte.¹¹

Wie man der Abbildung entnehmen kann, gibt es auf den ersten Blick eine Tendenz, derzufolge Länder mit hoher Cannabisverbreitung auch Länder mit hoher Zahl Drogenabhängiger sind. Dies gilt z.B. im Fall Großbritanniens, der Schweiz und – in eingeschränktem Maße – Spanien. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass Länder mit hoher Verbreitung weicher Drogen sich nicht notwendigerweise durch eine hohe Verbreitung harter Drogen auszeichnen. So nimmt Dänemark in der Verbreitung von Cannabis eine Spitzenstellung ein, in der Verbreitung harter Drogen jedoch ist es ein Land, das eine verhältnismäßig niedrige Rate aufweist. Es scheint sich in dieser Hinsicht von Ländern mit repressiverer Drogenpolitik – wie Schweden oder Norwegen – kaum zu

unterscheiden. Worauf diese Besonderheiten Dänemarks zurückgehen – auf sozioökonomische oder soziokulturelle Faktoren – oder auf die Tatsache, dass der aktuelle Konsum in Dänemark niedrig liegt (wie weitere Daten belegen, vgl. Reuband 2001), sei dahingestellt.

Ebenfalls wird deutlich, dass sich in den Niederlanden – wo die Liberalisierung des Drogenmarktes am weitesten vorangetrieben ist – die Zahl der Konsumenten harter Drogen pro 100.000 auf einem niedrigen Niveau befindet, nicht unähnlich der Bundesrepublik Deutschland, in der lange Zeit eine andersgeartete Drogenpolitik betrieben wurde. Die Werte liegen sogar geringer als in Schweden – einem Land, das sich rühmt, durch eine repressive Politik Drogenprobleme niedrig zu halten. Dies bedeutet: es gibt in den Niederlanden keine größere Gefährdung durch Umstieg auf harte Drogen als in Ländern mit repressiverer Politik. Aber es bedeutet zugleich: es gibt auch keine geringere Gefährdung, wie dies von den Vertretern der niederländischen Drogenpolitik behauptet wird, wenn sie von einer Trennung der Märkte durch Coffeeshops sprechen.

Die referierten Befunde wecken Zweifel an der These, in den Niederlanden sei durch die Trennung der Märkte der Umstieg auf harte Drogen im Vergleich zu anderen Ländern stärker reduziert. So logisch auch auf den ersten Blick die These erscheinen mag, es gibt mehrere Gründe, daran zu zweifeln: *Erstens*: die Vorstellung, dass Coffeeshops zwangsläufig eine Trennung der Märkte mit sich bringt, beruht auf einseitigen Vorstellungen von den Bedingungen, unter denen es zum ersten Mal zum Konsum harter Drogen kommt. Es sind nämlich – anders es als den herkömmlichen Stereotypen entspricht – nicht die Dealer, die den Konsumenten zum Konsum verleiten, sondern es sind Freunde und Bekannte (vgl. u.a. Berger et al. 1980:92ff, Egginton und Parker 2000:23). Jugendliche, die harte Drogen nehmen, trifft man auch an anderen Orten als in Coffeeshops (abgesehen davon, dass auch manche Heroinkonsumenten gelegentlich Haschisch nehmen und sich in Coffeeshops aufhalten können). Aus dieser Sicht mögen Coffeeshops zwar Vorteile bieten für die Bedingungen, unter denen der Erwerb von Cannabis stattfindet. Nur bieten sie offenbar nicht den Vorteil, der mit der Tolerierung beabsichtigt war und in der öffentlichen Darstellung der niederländischen Drogenpolitik betont wird.

Zweitens: ein weiterer möglicher Grund für die Ähnlichkeit der Umsteigeraten zwischen den Niederlanden und den anderen Ländern könnte in der Struktur des illegalen Drogenmarktes der anderen Länder liegen. Es könnte sein, dass in vielen Ländern unter den Straßendealern und/oder den Gleichaltrigen, die Cannabis beschaffen, in der Regel eine ähnliche Differenzierung existiert wie dies in den Niederlanden mittels Coffeeshops der Fall ist: in solche, die ausschließlich Cannabis

und diejenigen, die andere Drogen verkaufen.¹² In welchem Maße der Verkauf von Cannabis über Cannabiskonsumenten oder über Dealer in den einzelnen Ländern stattfindet und was sich im Zeitverlauf daran verändert hat, ist angesichts der mangelhaften Datenlage und Vernachlässigung des Themas in der Forschung, ungeklärt. Denkbar wäre, dass die Verhältnisse je nach Land und Zeit, auch aufgrund der allgemeinen Drogenmarktsituation und der Nachfragestruktur, variieren. Wo Kleinhändler das selbst angebaute Cannabis verkaufen, werden sich die Verhältnisse anders darstellen als dort, wo der Verfolgungsdruck derart groß ist, dass nur noch profitorientierte, professionelle Händler den Markt dominieren.

7. Schlussbemerkungen

Ein Zusammenhang zwischen Drogenpolitik, gemessen an den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Praxis der Strafverfolgung, und Verbreitung des Cannabisgebrauchs lässt sich nicht feststellen. Länder mit liberaler Drogenpolitik haben z.T. ähnliche Werte für Cannabisverbreitung wie Länder mit repressiver Politik. Der Grund dürfte zum einen darin liegen, dass der Drogengebrauch im Privaten, abgeschottet von der Öffentlichkeit, stattfindet und der Konsument glaubt, nicht von der Polizei oder anderen Kontrollinstanzen entdeckt zu werden. Unter diesen Umständen meint man, selbst bei Androhung hoher Strafen straffrei zu bleiben.

Der Grund für den fehlenden Zusammenhang dürfte zum anderen in den in der Bevölkerung – und den relevanten Subgruppen – verbreiteten Einstellungen und informellen Normen liegen. Wie besonders die sozialwissenschaftliche Forschung zu abweichendem Verhalten gezeigt hat, sind die innerhalb einer Gruppe geltenden Normen und Realitätsdefinitionen für die Praxis abweichenden Verhaltens bedeutsamer als die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit der Entdeckung und Schwere der Sanktionierung (vgl. u.a. Meier et al. 1984:73ff., Schöch 1985:105ff., Berlitz et al. 1987:24, Demers und Lundmann 1987:190). Auf eine weitgehende Irrelevanz der Sanktionsandrohung weisen auch die Befunde hin, die man erhält, wenn ehemalige Drogenkonsumenten nach dem Grund ihrer Drogenabstinenz gefragt werden. Die Angst vor Strafen wird von ihnen kaum als Grund genannt, weitaus wichtiger sind wahrgenommene negative gesundheitliche Folgen des Konsums (vgl. u.a. Peterson und Wetz 1975:44, Carr und Meyers 1982:179).

Die in der Literatur vertretene Ansicht, Gesetze hätten eine normenvalidierende Funktion, findet in den Daten keinen Rückhalt. Weder lässt sich im Querschnittsvergleich noch im Langzeitvergleich zeigen, dass sich liberale Länder überproportional durch eine größere Toleranz des Cannabis-

gebrauchs auszeichnen. Inwiefern der fehlende Zusammenhang dadurch bedingt sein könnte, dass die Gesetzeslage oder Praxis der Strafverfolgung von den Bürgern nicht oder verzerrt wahrgenommen wird, ist ungeklärt. Daten zur Wahrnehmung der Gesetze und der Strafverfolgung liegen nicht vor. Man kann freilich annehmen, dass die wesentlichen Bedingungen – ob überhaupt Bestrafung stattfindet oder nicht – perzipiert werden, die feineren Akzentuierungen, die sich u.a. auch im Laufe der Zeit einstellen, z.B. aufgrund der Praxis der Staatsanwaltschaft, dagegen nicht notwendigerweise zur Kenntnis genommen werden.

Einzig im Fall der Niederlande scheint die Drogenpolitik eine liberale Haltung zu Cannabis längerfristig begünstigt zu haben. Doch zugleich wird an den Niederlanden deutlich, dass Einstellungen gegenüber Cannabis nicht zwangsläufig die Drogenverbreitung bestimmen. Die Drogenverbreitung ist im Vergleich zu den anderen Ländern durchschnittlich. Weitere Faktoren wirken hier mit ein. Wir wissen darüber jedoch bislang wenig – nicht zuletzt auch, weil die sozialwissenschaftliche Forschung im Fall der Drogethematik – in vielen Ländern sträflich vernachlässigt wurde.¹³

Ein direkter systematischer Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Drogen und Verbreitung ist – anders als gewöhnlich erwartet – nicht erkennbar. Dies gilt auch dann, wenn man anstelle der subjektiven Verfügbarkeit objektive Daten heranzieht – wie wir dies für die Niederlande am Beispiel der Coffeeshops getan haben. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass über die bloße Zahl verfügbarer Verkaufsstellen hinaus Preise und Reinheitsgehalt der Drogen den Gebrauch und die Prävalenzwerte beeinflussen. Untersuchungen zum Alkoholgebrauch haben in der Vergangenheit zahlreiche Hinweise dafür erbracht, dass die Verfügbarkeit und die Höhe der Preise den Alkoholgebrauch mitbestimmt.

Ob und unter welchen Bedingungen dies auch für den Gebrauch illegaler Drogen gilt, ist unzureichend geklärt und bedarf weiterer Forschung. Womöglich ist der Zusammenhang zwischen Verfügbarkeit und Konsum immer dann besonders eng, wenn die jeweilige Substanz – wie beim Alkohol – gesellschaftlich akzeptiert ist. Wo dies nicht zutrifft, wie beim Cannabisgebrauch, gibt es unter Umständen nur schwache oder keine Zusammenhänge. Die Einstellung wirkt dem Gebrauch entgegen. Ebenfalls mag der Preis unter bestimmten Umständen – je nach Konsumentengruppe – eine unterschiedliche Rolle spielen. Sinkende Preise gelten in der Literatur aus einer ökonomisch geprägten „rational choice“ - Perspektive heraus gewöhnlich als Anreiz für Konsum, aber wie man am Beispiel unterschiedlicher Drogen und ihrer Preise zeigen kann, können teure Drogen ebenfalls einen symbolischen Anreiz des Exklusiven haben (vgl. Korf 2000:136).

Auch wenn Cannabis heutzutage für die Mehrzahl der Personen, die später zu harten Drogen greifen und abhängig werden, die erste illegale Droge repräsentiert, stellt doch der Übergang zum harten Drogengebrauch keine Zwangsläufigkeit dar. Länder mit hoher Cannabisprävalenz sind nicht notwendigerweise Länder mit hoher Zahl Abhängiger. Offensichtlich wirken noch andere Einflussfaktoren auf die Übergangsrate ein als die bloße Cannabisverbreitung. Diese Einflussfaktoren mögen von kulturellen Faktoren bis hin zu Faktoren ökonomischer Deprivation reichen. Vertiefende Analysen der Umsteigemechanismen, unter Einbeziehung soziokultureller Faktoren und mikrosoziologische Analysen der Übergänge, sind angeraten.

Vergleiche auf Länderebene stellen einen wichtigen Zugang zur Klärung der Frage dar, wie sich unterschiedlichen Formen der Drogenpolitik auf die Erscheinungsformen und Verbreitung des Drogenkonsums auswirken. Sie sind in ihrer Aussagekraft jedoch insofern eingeschränkt, als wir es nur mit einer begrenzten Zahl von Ländern zu tun haben und der Drogengebrauch durch mehrere Faktoren determiniert wird.¹⁴ Am besten wäre es, die ländervergleichende Analyse mit einer Analyse innerhalb eines Landes zu verbinden. Ein derartiges Vorgehen würde es erlauben, die kulturellen Rahmenbedingungen eines Landes annähernd konstant zu halten und die Auswirkungen der lokalen Drogenpolitik – gewissermaßen als eine Art Quasi-Experiment – zu bestimmen. Eine solche Analyse setzt voraus, dass tatsächlich Unterschiede in der Drogenpolitik innerhalb eines Landes bestehen – meist weniger auf der formalen Gesetzesebene als in der Praxis. In vielen Ländern, darunter auch der Bundesrepublik (Albrecht 1998), ist eine solche Situation gegeben.¹⁵ Hier schwanken duze Grenzwerte für den Eigenverbrauch, bis zu den die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellt, je nach Bundesland zwischen 3 und 30 Gramm.

Im Rahmen einer eigenen (noch unveröffentlichten) Untersuchung haben wir diese Fragestellung weiterverfolgt: zum einen über eine Analyse der Drogenprävalenz auf Länderebene, zum anderen über eine Analyse der Drogenprävalenz auf der Basis der jeweiligen Landeshauptstädte. Dabei haben wir die Befragten nicht nur zum eigenen Drogenerfahrung, sondern auch die Wahrnehmung des Entdeckungsrisikos und der Sanktionserwartungen gefragt. Als wichtigster Befunde ergab sich: die Unterschiede in offiziellen Umgang mit Cannabiskonsumenten werden der Tendenz nach richtig wahrgenommen.

Damit sind die Voraussetzungen für die potentielle Abschreckungsfunktion der Drogenpolitik gegeben. Aber: es folgen daraus keine Konsequenzen. Ob jemand Drogen nimmt oder nicht, hat – wie

sich ebenfalls zeigte - nicht mit den wahrgenommenen Sanktionsschwere, sondern mit der Wahrnehmung von physischen und psychischen Drogengefahren zu tun. Daß Sanktionsschwere keine Auswirkungen hat, dürfte maßgeblich auch durch das allgemein geringe Entdeckungsrisiko bedingt sein. Die Befragten nahmen dieses Entdeckungsrisiko durchweg als gering an, und in dieser Hinsicht sind sie auch realistisch. Denn wer Drogen konsumiert, der kann dies privat, unter Ausklammerung der Öffentlichkeit und des potentiellen polizeilichen Zugriffs tun.

Damit bekräftigen die Analyse der Folgen unterschiedlicher Drogenpolitik innerhalb der Bundesrepublik die Befunde, die wir im internationalen Vergleich schon festgestellt hatten. Und anzunehmen ist, daß sich analoge Befunde auch bei Vergleich unterschiedlicher Drogenpolitik in anderen Ländern ergeben würden. Das Strafrecht, so scheint es, ist kein Mittel, um auf Cannabiskonsumenten einzuwirken und sie vom Konsum abzuschrecken. Daß dies im Hinblick auf Dealer und den Drogenmarkt anders sein mag, ist damit freilich nicht ausgeschlossen. Doch dazu verfügen wir derzeit über keinerlei Befunde.

Tabelle 1 Cannabisverbreitung (Lebenszeitprävalenz)
unter 15-64jährigen im internationalen Vergleich (in %)

Land (Jahr)	Prävalenz (in %)
Frankreich (2002)	26
Belgien (2001)	11
Niederlande (2000-1)	21
W-Deutschland (2000)	19
Österreich (2003)*	24
Schweiz (2000)	27
England & Wales (2002-3)	31
Irland (2002-3)	18
Portugal (2001)	8
Italien (2001)	22
Spanien (2001)	25
Griechenland (1998)	13
Dänemark (2000)	31
Schweden (2000)	13
Finnland (2002)	13
Norwegen (1999)	11

*Oberösterreich

Quelle: Reuband (2004); European Monitoring Center (emcdda.eu); Seyer et al. (2005)

Tabelle 2: Ablehnung des Cannabisgebrauchs auf 10er Skala (% Kategorie 1, „auf keinen Fall“) nach Land und Jahr

	1981-1983	1993-1994	1999-2000
Frankreich	76	82	71
Belgien	83	84	80
Niederlande	72	67	47
Deutschland-West	82	82	66
<u>Österreich</u>	56	86	77
Schweiz	-	77	-
Großbritannien	76	77	51
Irland	82	88	76
Italien	85	82	71
Spanien	68	78	66
Portugal	-	83	68
Griechenland	-	-	51
Dänemark	78	71	62
Schweden	91	93	71
Finnland	83	78	76
Norwegen	91	91	-
USA	68	74	-

- nicht erhoben/nicht verfügbar

Quelle: World Value Survey, eigene Sekundäranalyse auf der Basis von Daten, die vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln zur Verfügung gestellt wurde; eigene Berechnungen

Frageformulierung: „Please tell me for each of the following statements, whether you think it can be always justified, never justified or something in between ... Taking the drug marijuana or hashish“

Erläuterung: Aufgeführt ist der Anteil der Befragten mit ablehnender Haltung: Personen, welche die Position 1 auf der 10er Skala wählen (niemals)

Tabelle 3: Verfügbarkeit von Cannabis („sehr leicht“) und Angebot von Cannabis (Haschisch/Marihuana) in der Bevölkerung nach Land, 1995 (in %)

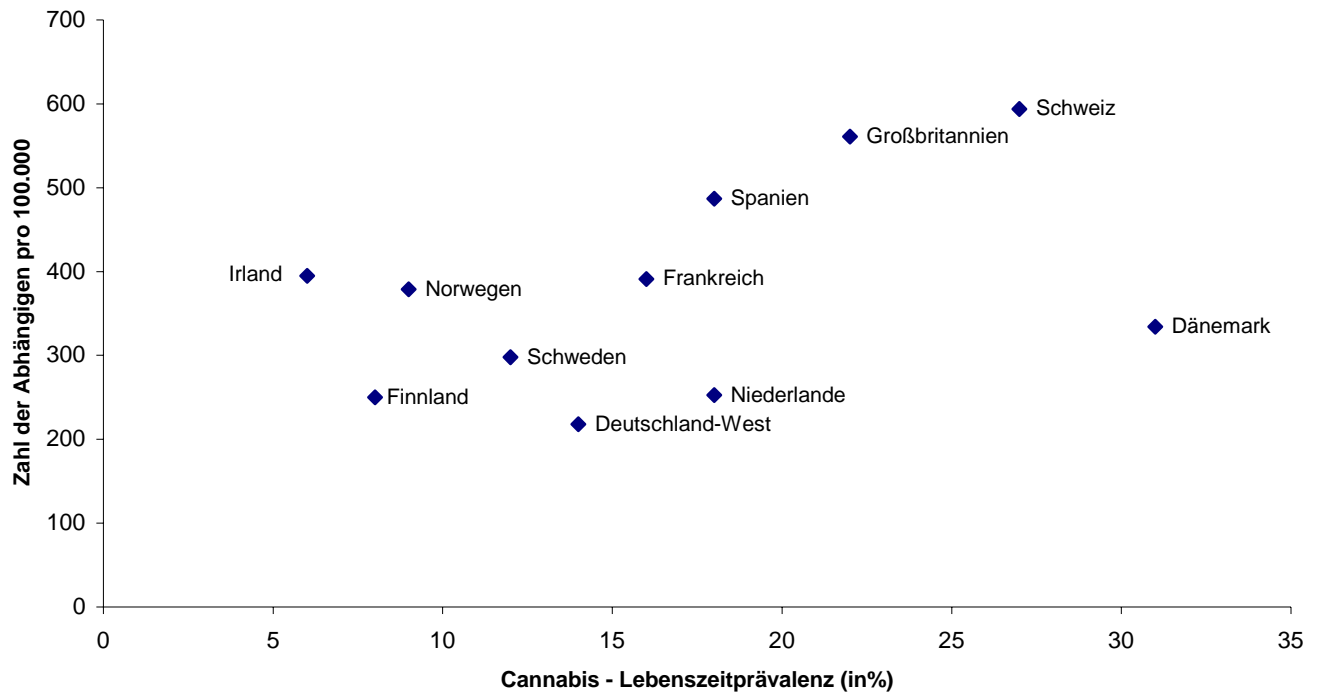
	Verfügbarkeit sehr leicht	Drogenangebot*
Frankreich	27	25
Belgien	27	15
Luxemburg	23	13
Niederlande	43	33
Deutschland-West	21	17
<u>Österreich</u>	17	13
Großbritannien	38	28
Irland	36	20
Italien	24	14
Spanien	34	32
Portugal	32	10
Griechenland	25	12
Dänemark	41	43
Schweden	32	25
Finnland	18	14

* ermittelt aus Fragen zum Angebot von Haschisch und/ oder Marihuana, eigene Berechnungen

Frageformulierungen: „Do you think that getting hold of drugs is very difficult, fairly difficult, fairly easy, very easy“ [hier: very easy; Personen die „Weiß nicht“ sagen, gehen in die Berechnung ein und werden den verbleibenden Antwortkategorien zugerechnet.]; „Have you ever been offered?“
... [Listenvorgabe].

Quelle: Eurobarometer 43.0/1 eigene Berechnungen auf der Basis von Daten aus dem Bestand des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (siehe auch Reuband 2001:114)

Abbildung: Cannabis – Lebenszeitprävalenz und Zahl der Abhängigen pro 100.000 Einwohner ab 15 Jahre Mitte der 90er Jahre



Quelle: Reuband 2001

Literatur:

- Aitken, D., 1979: The cannabis market and dealer, in Logan, F. (Hrsg.), Cannabis. Options for control, Sunbury, S. 75-80.
- Albrecht, H.J., 1998: Differential implementation of drug policies in the Federal Republic of Germany, in: Waal, H. (Hrsg.), Patterns on the European drug scene. An exploration of differences. Oslo, S.46-62.
- Andenaes, J., 1971: The general preventive effects of punishment, in: Radzinovicz, L. und Wolfgang, M.E. (Hrsg.), The Criminal in the Arms of Law, New York, S. 74-104.
- Becker, 1973: Outsiders. Studies in the Sociology of Deviance. New York
- Berlitz, C., Guth, H.-W., Kaulitzki, R. und Schumann, K.F., 1987: Grenzen der General-prävention. Das Beispiel Jugendkriminalität, in: Kriminologisches Journal, 19, S. 13-31.
- Bleibtreu, E. und Jaeger, R., 1986: Internationaler Kongress. 'Gemeinbehörden und Drogenpolitik', Tagung in Den Haag vom 23.-25.10.1985, in: Kriminalist 2, S. 17-40.
- Carr R.R. und E.J. Meyers, 1982: Marijuana and cocaine: the process of change in drug policy, in: The Drug Abuse Copuncil, Hrsg., The facts about drug abuse. New York und London, S.95-125
- CAS, 1999: Non-Medical Marijuana: Rite of Passage or Russian Roulette, New York.
- Demers, D.K. und Lundmann, R.J., 1987: Perceptual deterrence research: some additional evidence, in: Journal of Quantitative Criminology, 3(2), S. 185-194.
- Edwards, G., 1997: Alkoholkonsum und Gemeinwohl : Strategien zur Reduzierung des schädlichen Gebrauchs in der Bevölkerung, Stuttgart: Enke
- EKDF (Eidgenössische Kommission für Drogenfragen), 1999: Cannabisbericht, Bern: Bundesamt für Gesundheit.
- Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, 2005: Jahresbericht 2004. Lissabon
- Fahrenkrug, H., 2000: Cannabis in Switzerland: on the way to normalisation, in: Springer, A. und Uhl, A. (Hrsg.), Illicit Drugs. Patterns of use – patterns of response. Innsbruck, S. 21-30.
- Gibbs, J.P., 1975: Crime, punishment, and deterrence. New York: Elsevier
- Hoekstra, M.J., 1988: Drogenpolitik und Drogenhilfe in den Niederlanden, in: Staak, M. (Hrsg.), Betäubungsmittelmißbrauch, Berlin, S. 100-108.
- Johnston, L.D., O'Malley, P.M. und Bachman, J.G., 1996: National Survey Results on Drug Use from the Monitoring the Future Study, 1975-1994, Vol. II, College Students and Young Adults, Rockville: National Institute on Drug Abuse.
- Kandel, D.B. und Faust, R., 1975: Sequence and stages in patterns of adolescent drug use, in: Archives of General Psychiatry, 32, S. 923-932.

- Kandel, D.B., 1993: The social demography of drug use, in: Bayer, R. und Oppenheimer, G.M. (Hrsg.), *Confronting Drug Policy: Illicit Drugs in a Free Society*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 24-77.
- Korf, D.J., 1995: *Dutch Threat. Formal control and illicit drug use in the Netherlands*, Thesis Publishers, Amsterdam
- Langemeijer, M., van Til, R.-J. und P. Cohen, 1998: *Het gebruik van legale en illegale drugs in Utrecht en Tilburg*, Centrum voor Drugsonderzoek (CEDRO), Amsterdam.
- Males, M., Macallair, D., Rios, C. und Vargas, D., 2000: *Drug use and Justice: An examination of California drug policy enforcement*, Justice policy institute.
- Meier, R.F., Burkett, S.R. und Hickman, C.A., 1984: Sanctions, peers, and deviance: preliminary models of a social control process, in: *Sociological Quarterly*, 25, S. 67-82.
- Müller, R., Fahrenkrug, H. und Müller, S., 2001: *Cannabis auf der Schwelle zum legalen Rauschmittel. Eine Repräsentativstudie zum Phänomen „Cannabis“: Konsum, Einstellungen, Politik*. Forschungsbericht Nr. 35, Lausanne: SFA.
- Nadelmann, E.A., 1992: Thinking seriously about alternatives to drug prohibition, in: *Daedalus*, 121(3), S. 85-132.
- Nahas, G.G., 1977: Testimony, in: *Decriminalization of Marihuana: Hearings before the Select Committee on Narcotics Abuse and Control; Washington, House of Representatives, 95th Congress, 1st Session on March 14, 15, 16, 1977*, S. 497-518.
- Österreichisches Bundesamt für Gesundheit, 2000: *Bericht zur Drogensituation 2000*. Wien
- Ostrowski, J., 1989: Thinking about drug legalization, in: *CATO Institute (Hrsg.), Policy Analysis*, Nr. 121.
- Peterson, B. und Wetz, R., 1975: *Drogenerfahrung von Schülern. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung*, Stuttgart.
- Reuband, K.-H., 1980: *Alkoholkonsum in der Bundesrepublik. Eine empirische Bestandsaufnahme*, in: H. Berger, A. Legnaro und K.H. Reuband, Hrsg., *Alkoholkonsum und Alkoholabhängigkeit*. Stuttgart: Kohlhammer 1980, S. 26-53
- Reuband, K.-H., 1990: Vom Haschisch zum Heroin? Soziokulturelle Determinanten der Drogenwahl, in: *Suchtgefahren*, 36, S. 1-17.
- Reuband, K.-H., 1991: Abhängig vom ersten "Schuß"? Über das Experimentieren Jugendlicher mit Heroin und injektivem Drogengebrauch, in: *Soziale Probleme*, 2, S.189-207.
- Reuband, K.-H., 1992a: *Drogenkonsum und Drogenpolitik. Deutschland und die Niederlande im Vergleich*, Opladen.

- Reuband, K.-H., 1992b: Der Mythos vom einsamen Drogenkonsumenten. Kontakte zu Gleichaltrigen als Determinanten des Drogengebrauchs, in: Sucht. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 38, S. 160-172.
- Reuband, K.-H., 1993: Forschungsdefizite im Bereich des Drogengebrauchs, in: Sucht. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 39, 1993, S. 48-57.
- Reuband, K.-H., 1994: Soziale Determinanten des Drogengebrauchs. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Gebrauchs weicher Drogen in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Reuband, K.H., 1995: Drogenkonsum und Drogenpolitik in Westeuropa. Epidemiologische Befunde im Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT, Nr. 8
- Reuband, K.H., 2004: Legalisierung oder Repression als Mittel der Drogenprävention? Variationen der Drogenpolitik in Westeuropa und ihre Effekte, in: Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren und R. Gaßmann, Hrsg., Cannabis. Neue Beiträge zu einer alten Diskussion. Freiburg: Lambertus Verlag, S. 213-245
- Schöch, H., 1985: Empirische Grundlagen der Generalprävention, in: Vogler, T. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Heinrich Jeschek zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 1081-1105.
- Seyer, S., F. Geschwandtner, R. Paulik und R. Schmidbauer: Vom Gebrauch der Drogen. Drogenmonitoring zu illegalen Substanzen, Alkohol und Nikotin in Oberösterreich. Linz
- Sucht Report, 1989: Harte Gangart gegen Drogenmißbrauch in Schweden, in Sucht Report, Nr.4, S.50-51
- Sutherland, E.H. und D.R. Cressey, 1960: Principles of criminology, Chicago
- Trebach, A.S., 1988: Not only policemen, but the entire police institution in America is being corroded by the continued work in the drug field, in: Law Enforcement News.
- Wilson, J.Q., 1990: Drug and crime, in: Tonry, M. und Wilson, J.Q. (Hrsg.), Drug and crime, Chicago, S. 521-545.
- Wright, J.D. und L. Pearl, 1986: Knowledge and experience of young people of drug abuse 1969-84, in: British Medical Journal Vol. 292, S. 179-183.

Anmerkungen

¹ Die informellen Normen der Gleichaltrigen, die das Verhalten beeinflussen, beschränken sich hierbei nicht auf die bloße Vorschrift, sich konform oder nichtkonform zu verhalten. Sie beinhalten ebenfalls die Definition des Verhaltens als legitim oder nicht legitim sowie die Zuschreibung spezifischer Folgen des Verhaltens (z.B. beim Drogengebrauch im Hinblick auf gesundheitliche Folgen) und die Techniken zu deren Ausübung (vgl. Sutherland und Cressey 1960, Becker 1973, Reuband 1994:167ff).

² In Italien haben sich repressive und liberale Reaktionen im Lauf der Zeit abgewechselt. Bis Anfang der 90er Jahre wurde der Besitz nicht verfolgt, dann wurde er – zumindest dem Gesetz nach – strafwürdig und seit 1993 ist die Sanktionsandrohung wieder aufgehoben. Lediglich der Handel steht unter Strafe.

³ Der vorliegende Beitrag stellt eine aktualisierte Fassung eines Beitrags dar, der in einem Sammelband zum Cannabisgebrauch erschienen ist (Reuband 2004). Er basiert in maßgeblicher Weise auf einer umfangreichen Expertise, die der Verfasser für das Schweizerische Bundesamt für Gesundheit erstellt hat (Reuband 2001). Der ausführliche Bericht ist kostenlos erhältlich über das Schweizerische Bundesamt für Gesundheit in Bern. Die hier vorliegende Beitrag bezieht ergänzend neuere Befunde zur Drogensituation ein und ist dabei eingebettet in ein Projekt, das der Verfasser mit Mitteln der VW Stiftung zum Thema lokale Drogenpolitik und Drogenkonsum im Rahmen des Förder-Schwerpunkts „Recht und Verhalten“ durchführt (AZ II/75571).

⁴ Innerhalb der Schweiz unterscheiden sich die Angaben in der Tendenz nach der Region – wenn auch nicht dramatisch – voneinander. In der deutschsprachigen Schweiz liegt der Wert für Lebenszeitprävalenz in der neusten Umfrage bei 28%, der französischen bei 31% und der italienischen bei 22% (vgl. Müller et al. 2001:3; eigene Berechnungen). Weil die französische Schweiz in der Praxis der Strafverfolgung gegenüber Cannabis eine weniger liberale Politik praktiziert als die deutschsprachige Schweiz, bedeutet dies, dass – wie schon im Ländervergleich deutlich wurde – eine liberalere Drogenpolitik nicht zwangsläufig Drogengebrauch begünstigt und eine repressive Politik diese reduziert.

⁵ Diese ablehnende Haltung geht einher mit einer hohen Wahrnehmung des Drogenrisikos, wie andere vergleichende Daten aus den 90er Jahren dokumentieren (Reuband 2001).

⁶ Dies schließt auch (wie weitere Daten belegen, siehe Reuband 2001) die Wahrnehmung der Drogenrisiken mit ein: hier repräsentieren die Niederländer – Befunde aus der Zeit Mitte der 90er Jahre zufolge – in Europa das Land, wo man am seltensten dem Cannabisgebrauch Gesundheitsrisiken zuschreibt.

⁷ Frageformulierungen, die sonst in Studien zu Drogengebrauch üblicherweise zur Messung der Verfügbarkeit eingesetzt werden – ob man innerhalb von 12 Stunden Drogen besorgen könne – wurden nicht verwandt. Dies ist insofern bedauerlich, als die Frage nach der Verfügbarkeit in der gewählten Form nicht sonderlich präzise ist. Ob man die Drogen für „sehr leicht“ verfügbar hält oder nicht, ist nicht nur eine Frage, der jeweils als „normal“ angesehenen Zugriffszeiten. In einer Gemeinde oder Gesellschaft, in der man Drogen mit nicht allzu großer Mühe erhalten kann, bedeutet „schwer“ womöglich: mit größerem Aufwand als sonst üblich. In anderen Gesellschaften oder Gemeinden mag ein „schwerer“ Zugang tatsächlich auch erhebliche Schwierigkeiten der Beschaffung bedeuten. Die Art der Antwort ist zudem auch eine Funktion der Antwortkategorien. Je mehr man davon vorgibt, desto weniger Befragte werden die Extremvariante „sehr leicht“ wählen. Für die Frage der Rangfolge ist dies jedoch bedeutungslos: innerhalb der Umfrage selbst kann man die Länder durchaus miteinander in Beziehung setzen. Die Frage der subjektiven Verfügbarkeit findet sich in einer Reihe von Studien, auch den amerikanischen großen, regelmäßig durchgeführten Schüleruntersuchungen (Johnston et al. 1996). Die Frage zum Angebot ist seltener in Umfragen bisher eingesetzt worden. Leider wird dabei nicht nach den Orten der Verfügbarkeit oder des Angebots unterschieden, so dass es unklar bleiben muß, inwiefern man an allgemein öffentliche Orte mit wechselndem Dealerkreis oder an Freunde und Bekannte denkt. Zu den wenigen Ausnahmen, in denen eine Spezifikation bei der Frage nach dem Angebot erfolgte und wo sich Veränderungen der Orte über den untersuchten Zeitraum (1969-1984) ergaben – von Angeboten auf Parties und in der Bar bis hin zu Angeboten auf der Straße – siehe Wright und Pearl (1986:181).

⁸ Für die Schweiz verfügen wir leider über keine entsprechenden Daten, die mittels identischem Fragenkatalog erhoben wurden. Die Schweiz erscheint in diesem Zusammenhang deswegen von Interesse weil hier die Zahl der Hanf-Läden, in denen Cannabis in Säckchen verkauft wird, mit 135 im Jahr 1998 durchaus beträchtlichen Umfang erreicht hat. Durch diese Läden, so Fahrenkrug (2000:26) sei der Konsument nicht mehr angewiesen, sich auf dem illegalen Markt Cannabis zu verschaffen.

⁹ So könnte z.B. man meinen, daß in dem Moment, wo in den Massenmedien in dramatisierender Weise von der Allgegenwärtigkeit der Drogen an bestimmten Orten die Rede ist, der aufmerksame Zeitungsleser glaubt (ohne über genaue Informationen zu verfügen oder Kontakt mit Drogen gehabt zu haben), er selber könne auch leicht Drogen besorgen.

¹⁰ Betrachtet man die jüngeren Befragten im Alter zwischen 16 und 24 Jahren, so werden die Rangplätze der einzelnen Länder, die sich schon beim Vergleich der Allgemeinbevölkerung zeigten, reproduziert. Dänemark, die Niederlande, Irland und besonders Großbritannien zählen zu den Ländern mit leichter Drogenverfügbarkeit. (1995 z.B. gaben 47% der Jugendlichen aus Großbritannien eine solche Antwort und 45% der Iren. Die Dänen meinen dies zu 44% und die Niederländer zu 42%). Cannabis wurde Jugendlichen am häufigsten in Dänemark angeboten (67%), gefolgt von den Niederlanden, Spanien und Großbritannien mit jeweils 52%. In der ESPAD Schülerstudie, in der 15- und 16jährige befragt wurden, nehmen sowohl in der Einschätzung der Leichtigkeit, mit der man Cannabis besorgen kann, als auch

der Kenntnis von Verkaufsorten für Cannabis ebenfalls die dänischen, britischen und irischen Befragten einen herausgehobenen Platz ein. Die Niederländer und Spanier, die in den zuvor genannten Studien hohe Zugangsmöglichkeiten aufwiesen, sind in der Studie nicht enthalten, und müssen deshalb hier ausgeklammert bleiben. Die Italiener haben einen mittleren Wert inne. Die niedrigsten Werte haben in beiden Jahren die skandinavischen Länder – zusammen mit Portugal – inne. Die unerwartet hohen Werte für leichte Erreichbarkeit, wie sie in der Befragung der Erwachsenen in Schweden festgestellt wurde, werden hier nicht reproduziert – vermutlich, weil Jugendliche realistischer Bewertungen abgeben als Erwachsene, die stärker durch Sekundärinformationen, z.B. Medien, in dieser Frage geprägt sein dürften.

¹¹ Wir ziehen die Umfragedaten aus der Zeit der 90er Jahre den aktuelleren Daten vor, weil der Konsum harter Drogen zeitlich und kausal dem Konsum weicher Drogen nachgeordnet ist und sich unsere Datenbasis zum hartem Drogengebrauch auf die Zeit Mitte der 90er Jahre bezieht. Will man das mögliche Rekrutierungspotential für harten Drogenkonsum bestimmen, muss man dies auf der Basis von Daten tun, die den Daten zum Konsum harter Drogen zeitlich vorgelagert oder zumindest angenähert sind (nicht aber aus späterer Zeit stammen).

¹² Studien, die diese Frage aufgreifen, sind selten. In einer Beschreibung der britischen Zustände Mitte der 70er Jahre heißt es, dass der typische Cannabisdealer sich auf Cannabis und allenfalls noch LSD beschränkt. Zu einem großen Teil wäre der Cannabisdealer selbst Konsument (Aitken 1979:79). Bezogen auf die Niederlande der 70er Jahre wird hingegen berichtet, dass sich der Straßenhandel in erster Linie in den Händen von Heroinabhängigen befunden hätte (Korf 1995:70).

¹³ Dies ist auch Folge einer fehlenden Forschungsförderungspolitik, welche medizinische und psychologische Forschung zu Ungunsten sozialwissenschaftlicher Ansätze einseitig begünstigt (dazu vgl. Reuband 1993).

¹⁴ Wenn man feststellt, dass Länder mit liberaler Drogenpolitik, freiem Zugang zu Cannabis und überproportional vielen Personen, die Cannabis keine Gesundheitsrisiken zuschreiben, ein vergleichbares Prävalenzniveau aufweisen wie Länder mit repressiver Politik, dann wäre denkbar, dass auch andere Faktoren die Verbreitung bestimmt haben könnten als Drogenpolitik und Drogenmarkt, zum Beispiel: Eigenheiten der jeweiligen Kultur und spezifische Werthaltungen. Aber selbst wenn soziokulturelle Eigenheiten und informelle Normen wichtiger wären als die Verfügbarkeit, ist damit noch nicht gesagt, dass die Drogenpolitik und Verfügbarkeit überhaupt keine Wirkung auszuüben vermögen. Womöglich bilden sie lediglich einen von mehreren Einflussfaktoren. Der Stellenwert der Drogenverfügbarkeit kann letztlich nur geklärt werden, wenn eine Vielzahl von Ländern mit unterschiedlicher Drogenverfügbarkeit unter Kontrolle der Einstellungen der Bürger zu Drogen in die Analyse eingehen. Je mehr Länder man in die Analyse einbezieht, desto besser ist man in der Regel in der Lage, die länderspezifischen kulturelle Eigenheiten als Einflussfaktoren auszuschalten.

¹⁵ Es gilt ebenso für die USA (vgl. z.B. Males et al. 2000), die Schweiz (EKDF 1999, Fahrenkrug 2000), oder Österreich (Österreichisches Bundesamt für Gesundheit 2000). Entsprechende Analysen aber, die von diesen Variationen in der Drogenpolitik als „natürlichem“ Experiment, fehlen weitgehend. Ein entsprechendes Projekt auf der Ebene von Landeshauptstädten wird derzeit vom Verfasser, mit Unterstützung der VW-Stiftung – durchgeführt.